

Selbstständig? Nein danke!

Unternehmensgründungen. Vom Tellerwäscher zum Millionär, aus der Garage an die Weltspitze – dass solche Karrieren von Unternehmensgründern in den USA fast gang und gäbe sind, in Europa aber seltene Ausnahmen, hat nicht zuletzt kulturelle Gründe. Auch in Deutschland mangelt es an einer positiven Einstellung zur Selbstständigkeit.

Gemessen an der Zahl der Unternehmensgründungen liegen zwischen den USA und Deutschland offenbar Welten (Grafik Seite 2):

In den USA waren im Jahr 2014 fast 17 Prozent der erwerbsfähigen Männer und 11 Prozent der Frauen entweder gerade dabei, ein Unternehmen zu gründen, oder haben dies in

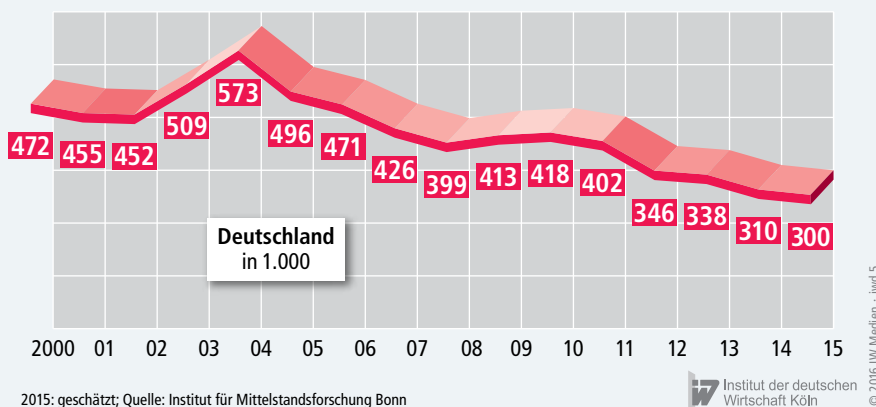
den vorherigen drei Jahren getan – damit sind die Quoten jeweils fast dreimal so hoch wie in Deutschland.

Schaut man über die Bundesrepublik hinaus auf ganz Europa, ergibt sich ein differenziertes Bild. Während die südeuropäischen Volkswirtschaften durch – oft sehr kleine – Familienbetriebe geprägt sind und

es dort vor allem Gründungen – und Pleiten – in der Gastronomie und im Kleingewerbe gibt, ist es in Skandinavien umgekehrt: Relativ wenige Erwerbstätige sind selbstständig und es gibt wenige Gründungen im Gast- oder Kleingewerbe, dafür mehr innovative Start-ups. In der Statistik von 2014 wird dieser Unterschied aber kaum deutlich, zumal die Gründungszahlen in Südeuropa noch unter den Folgen der seit Jahren andauernden Krise leiden.

Die langfristige Entwicklung zeigt allerdings, dass es um den europäischen Gründungseifer insgesamt nicht gut bestellt ist. Zwar gibt es positive Ausnahmen wie Großbritannien und kleine Staaten wie Lettland, Zypern und Slowenien, die hohe zweistellige Zuwächse vorweisen. EU-weit aber war das Gründungsgeschehen von 2008 bis 2013 rückläufig. In Deutschland zum Beispiel gab es laut Eurostat – gemessen in Gründungen je 1.000 Erwerbsfähige – ein Minus von 18 Prozent. Die deutsche Statistik bestätigt diesen Befund (Grafik): →

Immer weniger Unternehmensgründungen



Inhalt

Lohnstückkosten. Nur in fünf anderen Industrieländern liegen die Lohnstückkosten über dem deutschen Niveau. Seite 3

Montenegro. In den Beitrittsverhandlungen mit der EU gibt es Fortschritte, aber auch Probleme – zum Beispiel die Korruption im Land. Seite 4

Führungspositionen. Der Zusammenhang zwischen Frauen im Topmanagement und dem Unternehmenserfolg wird durch eine neue Studie untermauert. Seite 5

Lkw-Fahrer. Der Logistikbranche fehlt es an Fahrern – eine Chance für Flüchtlinge. Seite 6

Biolebensmittel. Ein Großteil der in Deutschland nachgefragten Bioprodukte wird importiert. Seite 7

M+E-Patente. Deutschland fällt bei den Patentanmeldungen gegenüber der Konkurrenz zurück. Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland ist seit dem letzten Höhepunkt im Jahr 2004 um fast die Hälfte auf 300.000 im Jahr 2015 zurückgegangen.

Zudem entfällt nur ein geringer Anteil der Gründungen in Europa auf Start-ups in den Hochtechnologiebranchen und der Digitalwirtschaft, also auf junge Firmen, die innovative Technologien oder Geschäftsmodelle entwickeln und ein hohes Umsatz- und Beschäftigungswachstum anstreben. Dies hängt vor allem mit der relativ schwachen Ausstattung europäischer Start-ups mit Wagniskapital zusammen:

Seit dem Jahr 2000 sind in den USA rund 500 Milliarden Dollar in innovative Start-ups investiert worden, dagegen kommt Europa je nach Abgrenzung nur auf 88 bis 175 Milliarden Dollar Venture Capital.

Die Gründe für den europäischen Rückstand gegenüber den USA – aber auch gegenüber Israel, China und Singapur – sind nicht nur in den schlechteren staatlichen Rahmenbedingungen zu suchen, sondern auch und vor allem in der schwach ausgeprägten Gründerkultur.

Das Beispiel Deutschland verdeutlicht, was damit gemeint ist. Laut Global Entrepreneurship Mo-

nitor (GEM) müssen in der größten Volkswirtschaft Europas Gründer zum einen bürokratische Hindernisläufe absolvieren und die staatliche Förderung gilt nicht gerade als transparent. Zum anderen hat ein großer Teil der Bevölkerung offenbar diffuse Ängste vor den Risiken einer Selbstständigkeit – und bevorzugt deshalb ein Leben als abhängig Beschäftigter.

Um den Bundesbürgern die optimistische Can-do-Haltung der Amerikaner nahezubringen, müsste einiges getan werden. Drei Beispiele:

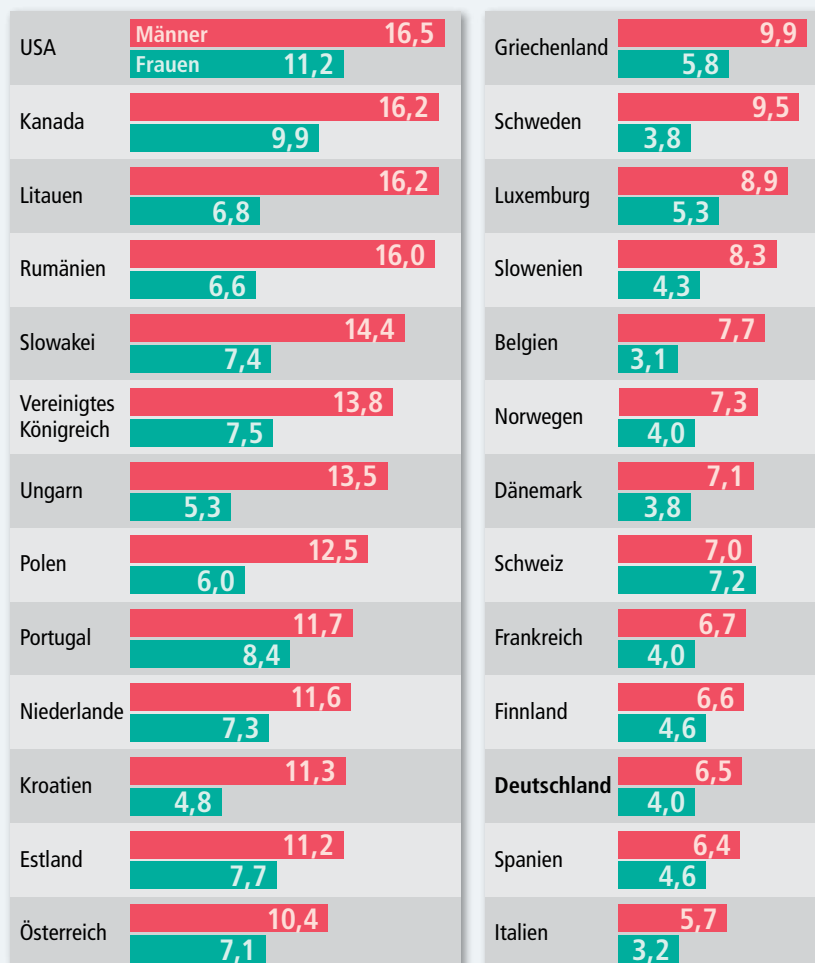
Gründerkultur schon in der Schule stärken. Das Thema Unternehmertum kommt in den Schulen nicht oder nur rudimentär vor. Das können Angebote wie das Schülerfirmenprogramm JUNIOR ändern, bei denen sich Jugendliche spielerisch mit der Selbstständigkeit vertraut machen (vgl. iwd 28/2015). Zudem ist der Lehrstoff zu reformieren, um den Blick stärker auf die positiven Seiten der Marktwirtschaft und des Unternehmertums zu richten.

Gründungsinitiativen fördern. Für den Aufbau einer ausgeprägten Gründerkultur braucht es unter anderem regionale Netzwerke, persönliche Kontakte zu Vorbildern und Mentorenprogramme.

Zuwanderungspotenzial nutzen. Schon fast jeder fünfte Teilnehmer an den Beratungsgesprächen der Industrie- und Handelskammern hat einen Migrationshintergrund, dennoch wird die Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt über eine Selbstständigkeit zu wenig genutzt – sonst würden die Zahlen der Gründungen und Selbstständigen nicht sinken, sondern steigen.


Unternehmensgründer international

So viel Prozent der erwerbsfähigen Männer und Frauen waren 2014 gerade dabei, ein Unternehmen zu gründen, oder haben innerhalb der vorherigen drei Jahre eines gegründet



Quelle: Global Entrepreneurship Monitor

Nachteil Deutschland

Lohnstückkosten. Deutschland ist nach wie vor ein teurer Standort für das Verarbeitende Gewerbe – nur in fünf anderen Industrieländern liegen die Lohnstückkosten über dem deutschen Niveau. Seit Beginn der 1990er Jahre sind die deutschen Kosten zudem stärker gestiegen als im Durchschnitt der Konkurrenzländer. 

Die Vorwürfe sind in letzter Zeit nicht leiser geworden: Vor allem ausländische Politiker behaupten, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sei zu hoch. Insbesondere die Euro-Krisenländer müssten, um mit den billigen deutschen Exporten mithalten, ihre Preise und Löhne immer weiter senken.

Sachlich gerechtfertigt ist diese Kritik jedoch nicht. Denn im Verarbeitenden Gewerbe, dessen Erzeugnisse mehr als 80 Prozent der deutschen Exporte ausmachen, sind die Lohnstückkosten – also die Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität – in Deutschland deutlich höher als in den meisten anderen Industrieländern (Grafik):

Im Durchschnitt produziert die ausländische Konkurrenz zu Lohnstückkosten, die um 11 Prozent unter dem deutschen Niveau liegen.

Lediglich in fünf Industrieländern sind die Kosten höher als in Deutschland. Wichtige Konkurrenten fertigen dagegen wesentlich billiger, die USA zum Beispiel haben gegenüber der deutschen Industrie einen Kostenvorteil von 25 Prozent.

Diese Zahlen zeigen auch, dass die sehr hohen deutschen Arbeitskosten (vgl. iwD 45/2015) nicht durch eine entsprechende Produktivität ausgeglichen werden – dazu ist der Vorsprung bei der Wertschöpfung je Arbeitsstunde gegenüber der Konkurrenz mit 12 Prozent zu gering.

Die deutsche Industrie hat in den vergangenen Jahren zudem keineswegs die Lohnstückkosten gedrückt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zulasten der Konkurrenz zu erhöhen:

Von 1991 bis 2014 sind die industriellen Lohnstückkosten in Deutschland um durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen – im Ausland dagegen um 0,1 Prozent gesunken.

Vor allem in Japan, Schweden, den USA und Finnland haben sich die Arbeitskosten je Produkteinheit deutlich verringert.

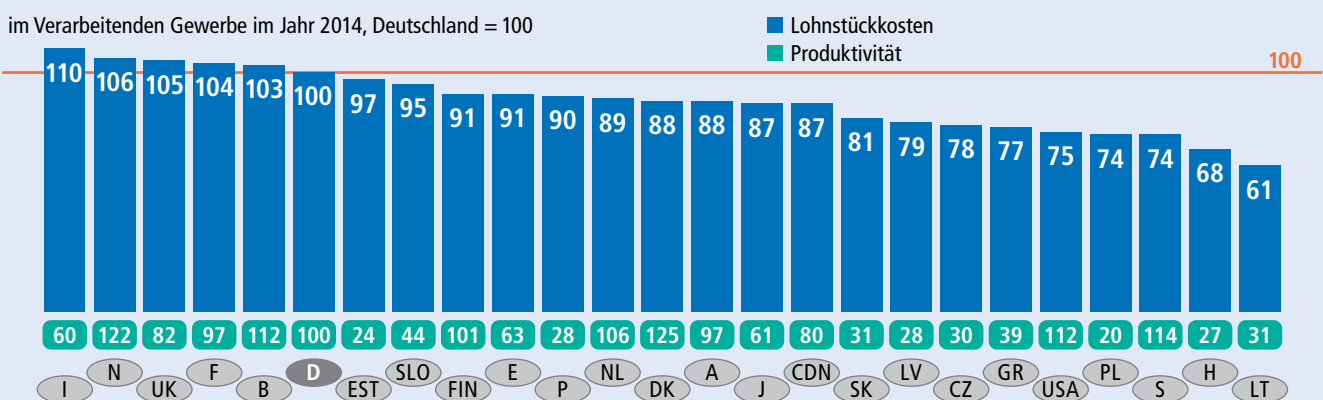
Nur von 1999 bis 2007 war Deutschland tatsächlich kostenbewusster als die Konkurrenz. Seit 2011 sind die deutschen Lohnstückkosten aber aufgrund der schwachen Produktivität und der hohen Lohnsteigerungen wieder überdurchschnittlich stark gestiegen.

Am Vorwurf des Lohndumpings ist demnach nichts dran – die Tarifpolitik darf vielmehr künftig nicht den Bogen überspannen. Denn Lohnabschlüsse, die Arbeitsplätze gefährden, schaden nicht nur der deutschen Industrie selbst. Weniger Jobs bedeuten auch weniger Einkommen und Konsum – und damit schlechtere Absatzchancen für ausländische Firmen in Deutschland.

 **aus IW-Trends 4/2015**
Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich – Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit erodiert
iwkoeln.de/lohnstueckkosten

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2014, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, U.S. Department of Labor

Der Euro ist schon da

Montenegro. Seit 2012 verhandelt der Balkanstaat mit der Europäischen Union über den Beitritt. Den Fortschritten auf dem Weg zur Marktwirtschaft stehen allerdings Korruption und organisierte Kriminalität gegenüber. Beim Geld wiederum ist das Land längst auf EU-Kurs – bereits 2002 hat Montenegro einseitig den Euro eingeführt.

Gut zwei Jahre, nachdem das Land die Staatengemeinschaft mit Serbien verlassen hatte, hat Montenegro Ende 2008 die Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der EU eingereicht. In den seit 2012 laufenden Beitrittsverhandlungen sind bislang 22 von 35 Kapiteln in Angriff ge-

nommen worden – zuletzt jene zur Verkehrspolitik und zur Energie.

Laut EU-Kommission gibt es bei den Verhandlungen durchaus Fortschritte – im Hinblick auf den Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, den Marktkräften innerhalb der EU standhalten zu können, beurteilt die Kommission den Stand der Dinge in etwa mit der Note „befriedigend“.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) bescheinigt Montenegro zudem, ein unternehmensfreundliches Umfeld geschaffen zu haben und offen für ausländische Investoren zu sein. Dazu passt, dass der

Balkanstaat von der Weltbank hinsichtlich der regulatorischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft passabel bewertet wird:

Auf der Doing-Business-Rangliste der Weltbank erreicht Montenegro Platz 46 von 189 Ländern, direkt hinter Italien und vor Zypern.

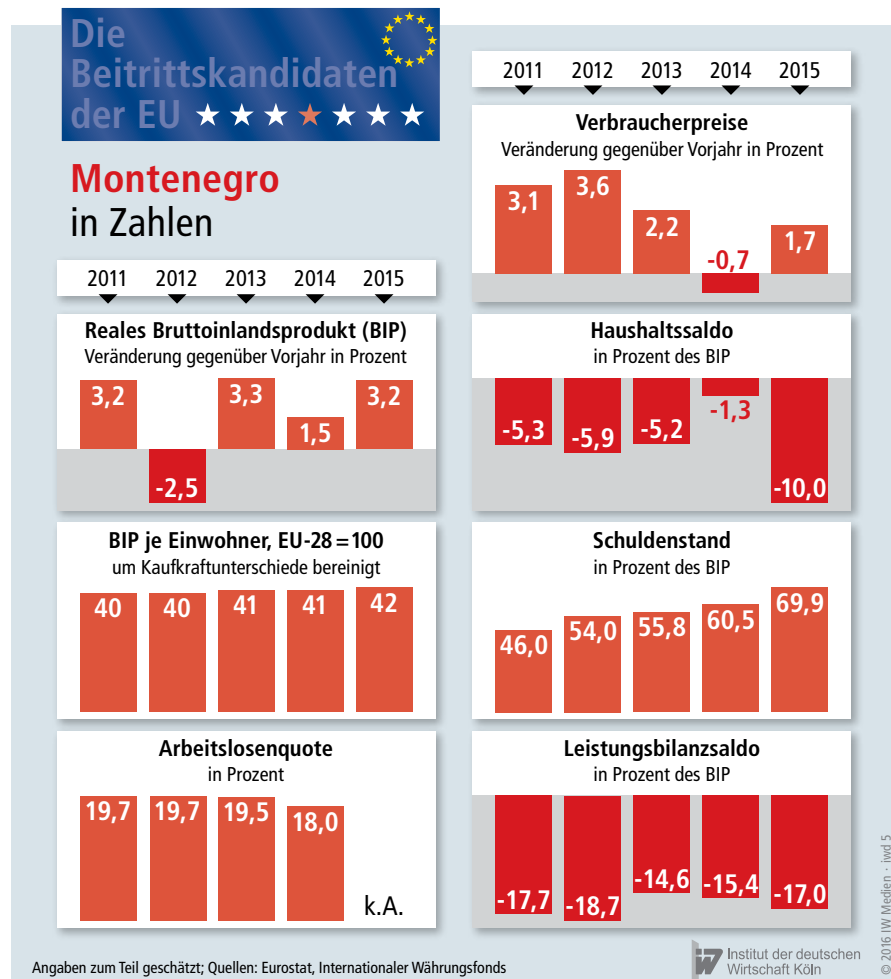
Die EU-Kommission spart allerdings auch nicht mit Kritik an Montenegro – so müsse das Land die organisierte Kriminalität und die Korruption, auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, stärker bekämpfen. Außerdem ist die Regierung in Podgorica aufgefordert, die staatliche Schuldenlast und das Haushaltsdefizit zu senken sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Landwirtschaft zu stärken.

Trotz aller Probleme geht es mit der Wirtschaft aufwärts (Grafik):

Nach einem schwächeren Jahr 2014 ist das reale Bruttoinlandsprodukt von Montenegro laut Internationalem Währungsfonds 2015 wieder um mehr als 3 Prozent gewachsen.

Für 2016 rechnen die Ökonomen der EBRD sogar mit einem realen Wachstum von 4 Prozent.

Ein starker Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus – 2014 begrüßte das nur gut 600.000 Einwohner zählende Land an der Adria rund 1,3 Millionen Reisende aus dem Ausland. Und 2015 kamen bereits von Januar bis November mehr als 1,5 Millionen Touristen. Gastgewerbe und Beherbergungsbetriebe tragen 8 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Dass man in Montenegro schon seit 2002 mit dem Euro zahlt, dürfte für viele Urlauber ein zusätzlicher Pluspunkt sein.



Die Kapitalmärkte und die Frauen

Führungspositionen. Seit Jahren wird im Zusammenhang mit der Quote auch darüber diskutiert, ob und wie sich allein die Tatsache, dass Frauen im Management sitzen, auf den Erfolg eines Unternehmens auswirkt. Eine aktuelle Studie geht einen anderen Weg – mit eindeutigem Ergebnis.

Seit dem 1. Januar 2016 müssen in Deutschland Unternehmen, die an der Börse notiert sind und der paritätischen Mitbestimmung unterliegen, mindestens 30 Prozent ihrer neu zu vergebenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen.

Die 30 DAX-Unternehmen sind in dieser Hinsicht auf einem guten Weg (Grafik):

Bereits im April 2015 waren in den Aufsichtsräten der DAX-Unternehmen 25 Prozent der Posten mit Frauen besetzt – im Durchschnitt der größten Unternehmen in den 28 EU-Ländern waren es nur 21 Prozent.

Ob und was die Frauenquote den Unternehmen bringt, darüber streiten sich die Gelehrten seit Jahren. Auf der einen Seite gibt es inzwischen zahlreiche Studien von Unternehmensberatungen wie McKinsey oder Catalyst, die zum Beispiel einen positiven Zusammenhang zwischen Frauen in Führungspositionen und dem Aktienkurs, der Eigenkapitalrendite oder dem Umsatz des jeweiligen Unternehmens aufzeigen.

Auf der anderen Seite weisen Kritiker nach, dass der angebliche kausale Zusammenhang zwischen der Anzahl der Frauen im Vorstand und dem Erfolg eines Unternehmens weder eindeutig bewiesen noch widerlegt werden kann.

Frauen im Topmanagement: Nur selten als oberste Chefin

So viel Prozent Frauen saßen im April 2015 in den Aufsichtsräten und Verwaltungsräten
■ insgesamt ■ als Aufsichtsratsvorsitzende oder Verwaltungsratspräsidentin



Zwei Wissenschaftler von den Universitäten München und Hongkong haben den Spieß jetzt gewissermaßen umgedreht und gefragt, was eigentlich passiert, wenn eine Frau aus dem obersten Management stirbt oder wegen Krankheit ihren Posten aufgibt.

Die beiden Forscher gingen davon aus, dass der Tod oder der plötzliche Weggang einer Managerin mit keinerlei unternehmenspolitischen Überlegungen verbunden sein könne, die womöglich eine statistische Aussage verzerren würden. Deshalb haben sie für den Zeitraum 1998 bis 2010 in 35.000 börsenorientierten Unternehmen weltweit untersucht, welche Auswirkungen die 1.500 Todesfälle von Top-Frauen auf die

Unternehmen hatten. Das Ergebnis dürfte manchen überraschen:

Wenn eine Frau aus dem Vorstand oder Aufsichtsrat stirbt, reagieren die Kapitalmärkte wesentlich negativer, als wenn ein Mann durch Tod aus dem Management ausscheidet.

Die beiden Forscher schlussfolgern daraus, dass es sich für die Unternehmen lohnt, Frauen ins Topmanagement zu bringen – vor allem ohne Quote, betonen sie.

Dass dies immer besser möglich wird, zeigen die Ergebnisse des gerade veröffentlichten IAB-Betriebspanels von 2014: Die zweite Führungsebene in der Privatwirtschaft ist inzwischen schon zu 39 Prozent mit Frauen besetzt – und die sind auf dem Weg nach ganz oben.

Flüchtlinge ans Steuer

Lkw-Fahrer. Die Logistikbranche steht vor einem Dilemma. Alle Experten rechnen mit zunehmendem Lkw-Verkehr, doch es fehlt schon heute an Fahrern. Hier könnte eine Beschäftigungschance für Flüchtlinge liegen.

Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Transportleistung auf der Straße in Deutschland und Europa bis 2030 weiter kräftig zulegen wird. In Deutschland sollen Lkws im Jahr 2030 fast 40 Prozent mehr Güter transportieren als im Jahr 2010. Auf EU-Ebene wird mit einem Plus von etwa 36 Prozent gerechnet.

Woher die Fahrer für die zusätzlichen Trucks kommen sollen, weiß indes niemand so recht. Denn schon heute sind sie knapp (Grafik):

In der Gruppe der Berufskraftfahrer kommen inzwischen auf jeweils 100 Arbeitslose 75 offene Stellen.

Dabei unterliegt der Arbeitsmarkt für Lkw-Fahrer starken saisonalen Einflüssen. Vor Weihnachten suchen die Spediteure regelmäßig besonders viele Berufskraftfahrer, im Januar

und Februar ebbt die Nachfrage wieder ab. Trotz dieses saisonalen Auf und Ab ist die Nachfrage heute auch in schwachen Monaten höher als früher.

Einiges spricht dafür, dass sich die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt für Berufskraftfahrer verschärfen:

Problem Altersstruktur. Im Jahr 2014 war mehr als ein Viertel der 538.010 sozialversicherungspflichtigen Berufskraftfahrer mindestens 55 Jahre alt. Im Durchschnitt aller Berufsgruppen lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent. Das heißt:

Ab 2020 werden jedes Jahr fast 14.000 Lkw-Fahrer altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Zum Vergleich: Die Zahl aller Lkw-Fahrer unter 25 Jahren liegt derzeit ebenfalls bei etwa 14.000 Personen – der Nachwuchs könnte also nur einen Jahrgang ersetzen.

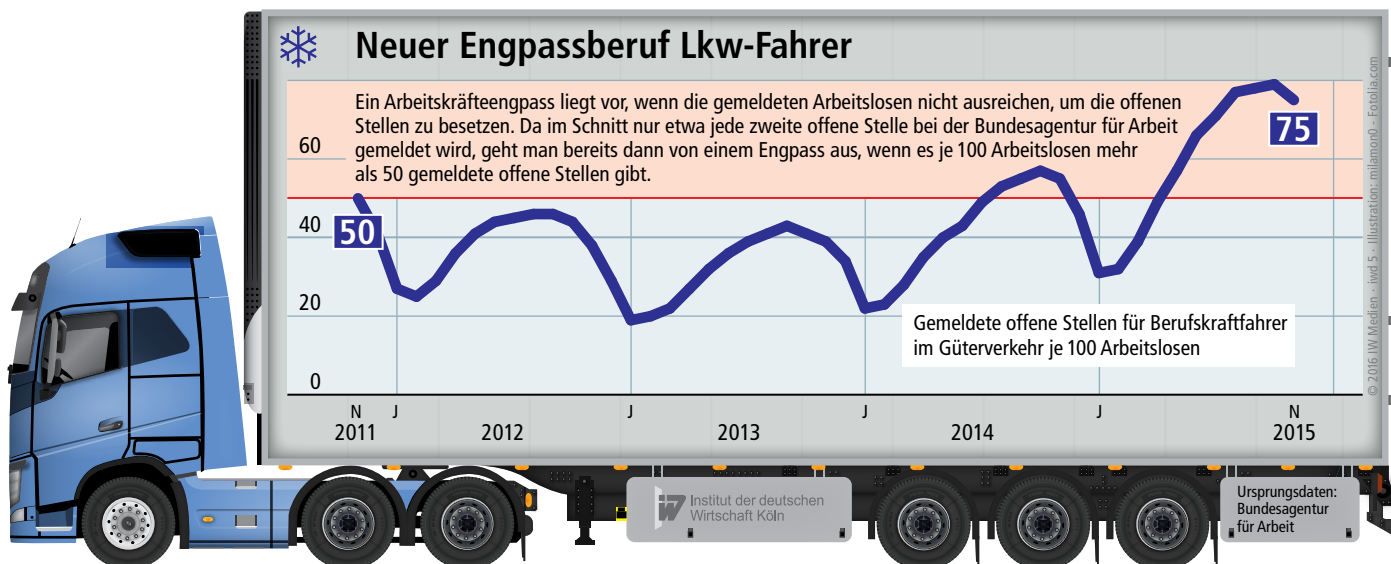
Problem Nachwuchsmangel. Früher haben viele Lkw-Fahrer ihren Führerschein (kostenlos) bei der Bundeswehr gemacht. Das reichte, um Berufskraftfahrer zu werden.

Seit 2009 muss überdies eine dreijährige Berufsausbildung durchlaufen werden. Dabei reichen die Ausbildungsinhalte vom verbrauchsoptimierten Fahren bis hin zum Thema Ladungssicherung.

Dieses Prozedere schreckt offenbar ab: Im Jahr 2014 wurden nur 3.180 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Zugleich werden 46 Prozent aller Ausbildungsverträge von angehenden Berufskraftfahrern vor dem Abschluss wieder gelöst.

Um dem Fahrermangel zu begegnen, sollte man versuchen, Flüchtlinge für den Beruf zu interessieren. Das könnte klappen, denn mehr als 98 Prozent aller Berufskraftfahrer sind Männer. Und die große Mehrheit der Flüchtlinge ist ebenfalls männlich.

Zudem ist es für Flüchtlinge relativ einfach, die Anforderungen an einen Fernfahrer zu erfüllen. Sie benötigen vor allem Durchhaltevermögen – gute Deutschkenntnisse sind nicht ganz so wichtig. Andere Mangelberufe verlangen mehr.



Gutes Gewissen importiert

Biolebensmittel. Längst wird ein Großteil der in Deutschland nachgefragten Bioprodukte importiert. Das liegt vor allem daran, dass sich in den vergangenen Jahren zu wenige Bauern für die Umstellung auf die ökologische Landwirtschaft begeistern konnten.

Am 10. Februar startet in Nürnberg die Biofach, die führende Messe für Biolebensmittel. Die dort zu verkündenden Neuigkeiten werden wohl überwiegend positiv ausfallen: Denn nicht nur der Umsatz mit Biolebensmitteln soll 2015 erneut gestiegen sein, sondern auch die Fläche, auf der in Deutschland Bio-
möhren und Ökoäpfel wachsen.

Letzteres ist ein gutes Zeichen – denn zuvor war die Nachfrage nach Bioprodukten deutlich größer als das heimische Angebot (Grafik):

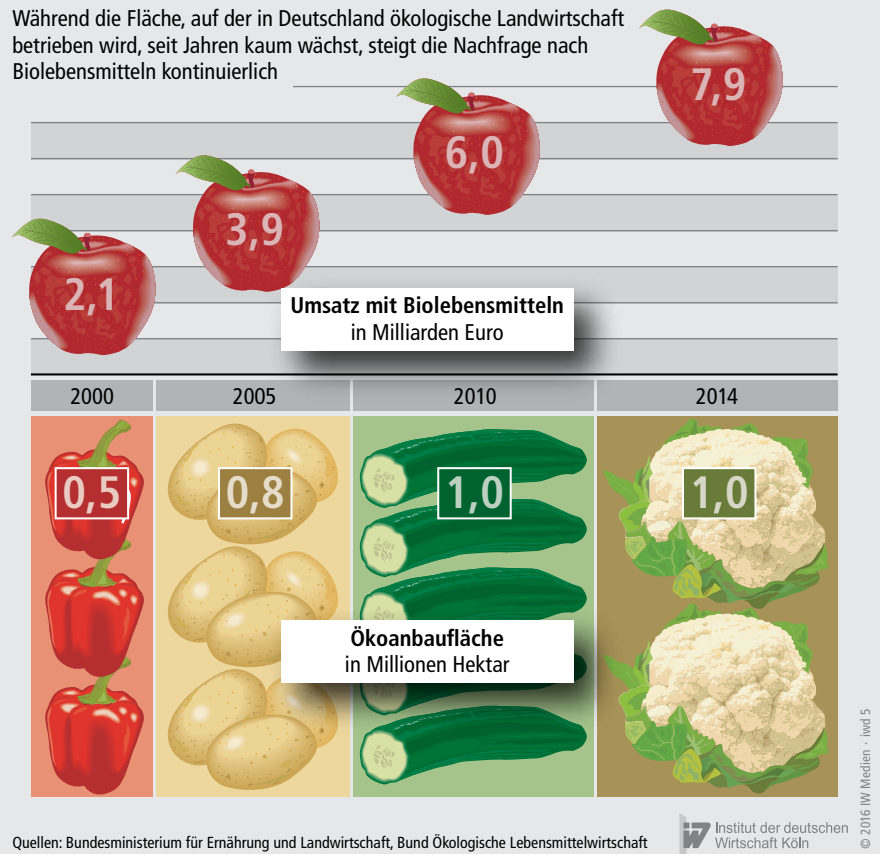
Im Jahr 2014 kauften die Verbraucher in Deutschland für knapp 8 Milliarden Euro Biolebensmittel ein. Weil aber die Ökoanbaufläche seit 2010 kaum zugelegt hatte, mussten mehr und mehr Bioprodukte importiert werden.

So stammte in den Jahren 2013 und 2014 jeder zweite in Deutschland verzehrte Bioapfel aus dem Ausland; auch Kartoffeln, Möhren, Mais und Getreide in Bioqualität sind häufig Importprodukte.

Problematisch ist die Einfuhr von Biolebensmitteln aus zwei Gründen: Erstens sind Transportwege mit Treibhausgasemissionen verbunden. Und zweitens bleiben, wenn Verbraucher auf ausländische statt auf einheimische Ökoprodukte zurückgreifen, die mit der Erzeugung verbundenen positiven ökologischen

Biolebensmittel: Der Appetit wird größer

Während die Fläche, auf der in Deutschland ökologische Landwirtschaft betrieben wird, seit Jahren kaum wächst, steigt die Nachfrage nach Biolebensmitteln kontinuierlich



Effekte wie eine Entlastung der Grund- und Oberflächengewässer in Deutschland aus.

Weil die Ökoanbaufläche ein Schlüsselindikator der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist, soll ihr Anteil steigen: Im Jahr 2014 wurden 6,3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands ökologisch bewirtschaftet, die Bundesregierung strebt eine Quote von 20 Prozent an.

Die ersten politischen Weichen dafür sind gestellt: Nachdem die Umstellung auf Biolandwirtschaft lange vernachlässigt wurde, ist es inzwischen für deutsche Bauern wieder attraktiver, eine ressourcenschonende Landwirtschaft und artgerechte Viehhaltung zu betreiben. Zum einen ist die Subventionierung

von Energiemais deutlich reduziert worden. Sie hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich Mais-Monokulturen besser rechnet als die Lebensmittelproduktion. Zum anderen zahlen einige Bundesländer ihren Biobauern mittlerweile wieder stabile Ökopremien.

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise, wo rund 70.000 Hektar Fläche ökologisch bewirtschaftet werden und der Zuwachs der Ökofläche und der Biobetriebe seit dem Jahr 2011 stagniert, will das Landwirtschaftsministerium den Anbau von Ökolebensmitteln bis 2020 mit mehr als 130 Millionen Euro fördern. Für das Vorläuferprogramm von 2007 bis 2013 standen nur 84 Millionen Euro zur Verfügung.

Asien forscht

M+E-Patente. Auf den hart umkämpften Märkten der Metall- und Elektro-Industrie sind Innovationen maßgeblich für künftige Exporterfolge. Umso bedenklicher ist es, dass Deutschland bei den Patentanmeldungen gegenüber der Konkurrenz zurückfällt.

Wer nicht forscht, hat schon verloren – mit diesen Worten ließe sich zuspitzen, was ökonomische Analysen für die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) zeigen: Zwischen der Zahl der angemeldeten Patente und dem künftigen Erfolg in Form von steigenden Exporten besteht ein klarer Zusammenhang. Dieser ist in Deutschland zudem besonders ausgeprägt.

Vor diesem Hintergrund gibt ein Blick auf die weltweiten Patentanmeldungen Anlass zur Sorge für die deutsche M+E-Industrie: Denn die Zahl der M+E-Patente, die die 44 wichtigsten M+E-Länder beim Europäischen Patentamt zum welt-

weiten Schutz angemeldet haben, ist zwar von rund 40.000 im Jahr 1992 auf fast 165.000 im Jahr 2013 gestiegen. Die Patentanmeldungen aus Deutschland haben dazu aber nur einen unterdurchschnittlichen Beitrag geleistet. Die Folge (Grafik):

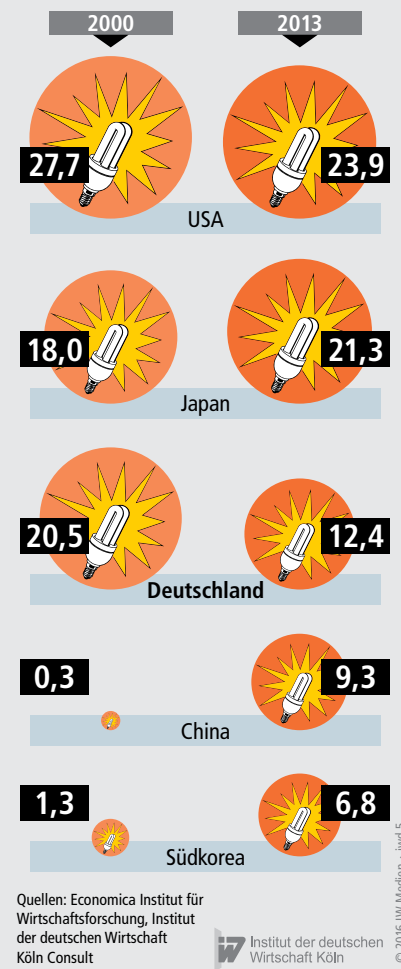
Der Anteil Deutschlands an allen beim Europäischen Patentamt angemeldeten M+E-Patenten ist von rund 21 Prozent im Jahr 2000 auf nur noch gut 12 Prozent 2013 gesunken.

Gewinner im internationalen Innovationswettbewerb sind die großen asiatischen Produzenten – allen voran das aufstrebende China, dessen Anteil an den beim Europäischen Patentamt angemeldeten Erfindungen im M+E-Bereich seit 2000 von 0,3 auf mehr als 9 Prozent gestiegen ist. Aber auch die etablierten Wettbewerber Japan und Südkorea haben zuletzt deutlich mehr Forschungserfolge bekräften lassen als noch zur Jahrtausendwende.

Die relativ ungünstige Entwicklung der Patentierungsaktivitäten in Deutschland seit dem Jahr 2000 lässt sich für alle M+E-Bereiche feststellen. Am schwächsten war der Trend in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten; am besten haben noch Teilbereiche der Herstellung von elektrischen Ausrüstungsgütern sowie der Sonstige Fahrzeugbau abgeschnitten.

M+E-Patente: Deutschland fällt zurück

So viel Prozent der beim Europäischen Patentamt für einen weltweiten Schutz angemeldeten Patente entfielen auf diese fünf größten M+E-Exportländer



Der internationale M+E-Patentvergleich verdeutlicht, dass am Innovationsstandort Deutschland einiges im Argen liegt (vgl. iwd 1/2016). Die Rahmenbedingungen ließen sich unter anderem durch eine steuerliche Forschungsförderung verbessern, wie sie Österreich bereits im Jahr 2000 erfolgreich eingeführt hat.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.